



Aktueller Begriff

Die Sprengung des Berliner Stadtschlusses

Am 7. September 1950 begann die Sprengung des Berliner Schlosses, die Zerstörung eines der bedeutendsten barocken Baudenkmäler Europas. Zwei Detonationen, um 10.28 Uhr und um 13.00 Uhr, brachten die Schlossapotheke, den ältesten Teil des Gebäudes, zum Einsturz. 90 Kilogramm Sprengmittel waren dort zuvor auf über 500 Sprenglöcher verteilt worden. Nach zahlreichen weiteren Sprengungen fiel am 30. Dezember 1950 um 15.00 Uhr das Eosanderportal, das letzte große Bauteil des Schlosses. Kleinere Sprengungen bis zum März 1951 dienten dazu, das Abräumen der Trümmer zu erleichtern. Im April 1951 war der Platz, auf dem fünfhundert Jahre lang das Stadtschloss gestanden hatte, leer.

Die Architektur des Schlosses verbindet sich mit den Namen vieler bekannter Baumeister, vor allem Andreas Schlüter und Eosander von Göthe. Im Laufe seiner Geschichte wurde das Schloss von brandenburgischen Kurfürsten, von preußischen Königen und schließlich vom deutschen Kaiser erweitert und umgebaut. Auch wenn es nur selten als zentraler Aufenthaltsort des Regenten genutzt wurde, hatte das Schloss als Ort herrschaftlicher Repräsentation hohen symbolischen Wert. Auch eine parlamentarische Tradition wurde hier begründet: 1847 eröffnete Friedrich Wilhelm IV. hier den Vereinigten Landtag, eine Ständevertretung, und 1849 den Preußischen Landtag, das erste nach einer Verfassung gewählte Parlament in Preußen. Das Schloss überstand Kriege und Revolutionen und wurde nach Gründung der Weimarer Republik zur Heimat von wissenschaftlichen und kulturellen Institutionen. Im Zweiten Weltkrieg blieb das Berliner Schloss lange Zeit unversehrt. Nach einem ersten Bombentreffer 1944 wurde es am 3. Februar 1945 bei einem schweren Luftangriff auf die Stadt erheblich beschädigt. Nach Kriegsende begann eine Diskussion über das künftige Schicksal der Schlossruine, die nunmehr im Ostsektor der Stadt lag. Als Stadtbaurat sorgte Hans Scharoun 1946 für erste Sicherungsmaßnahmen. Von 1946 bis 1948 fanden noch Ausstellungen im Weißen Saal statt, kurz danach wurde das Schloss als baufällig geschlossen. Viele Monate lang blieb unklar, ob das Schloss gerettet und wieder aufgebaut, ob Teile erhalten oder das gesamte Schloss zerstört werden sollte.

Auch fünf Jahre nach Kriegsende hätte die Substanz des Schlosses nach Einschätzung von Experten noch mit relativ geringen Mitteln gesichert und erhalten werden können. Doch der Schlossbau galt dem kommunistischen Regime als Symbol des preußischen Absolutismus und als Inbegriff eines feudalen Repräsentativbaus. Die Entscheidung für den Abriss war eine politische Entscheidung, die vor allem von Walter Ulbricht, stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates und seit 1950 Generalsekretär des Zentralkomitees der SED, vorangetrieben wurde. Seit Ende des

Nr. 57/10 (03. September 2010)

Ausarbeitungen und andere Informationsangebote der Wissenschaftlichen Dienste geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Der Deutsche Bundestag behält sich die Rechte der Veröffentlichung und Verbreitung vor. Beides bedarf der Zustimmung der Leitung der Abteilung W, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.

Jahres 1949 richteten sich die Ostberliner Stadtplaner immer konsequenter nach dem Vorbild sowjetischer Stadtplanung. Nach mehreren Informationsreisen in die Sowjetunion erarbeiteten ostdeutsche Städteplaner „16 Grundsätze für den Wiederaufbau der Städte“, die im September 1950 Teil eines neuen Aufbaugesetzes wurden. Im Sinne dieser Leitlinien hatte Walter Ulbricht bereits im Juli 1950 auf dem III. SED-Parteitag verkündet: „Das Zentrum unserer Hauptstadt, der Lustgarten und das Gebiet der jetzigen Schlossruine, muss zu dem großen Demonstrationsplatz werden, auf dem Kampfwille und Aufbauwille unseres Volkes Ausdruck finden können.“ Am 15. August 1950 beschloss das Politbüro der SED den Abriss des Stadtschlosses. Nachdem die DDR-Regierung den Entschluss zum Abriss am 23. August bestätigt und der Magistrat von Berlin ihn am 31. August übernommen hatte, wurde auch die Öffentlichkeit davon informiert. Trotz der Proteste von namhaften Architekten, Denkmalschützern, Wissenschaftlern – allen voran der Kunsthistoriker Richard Hamann – blieb es bei dieser Entscheidung. Am 5. September 1950 vergab der Magistrat von Berlin den Auftrag zum Abriss. Alle Versuche, das Schloss ganz oder teilweise zu retten, waren gescheitert. Sie hatten lediglich erreicht, dass Skulpturen und andere wertvolle Bauteile geborgen wurden. Das prominenteste Relikt ist das Portal IV von Eosander, von dem aus Karl Liebknecht 1918 die sozialistische Republik ausgerufen hatte. 1963/64 wurde es deshalb in die Fassade des Staatsratsgebäudes eingearbeitet.

Pünktlich zur Maikundgebung 1951 stand eine riesige Freifläche zur Verfügung. Sie wurde „Marx-Engels-Platz“ genannt und diente dem DDR-Regime 22 Jahre lang als Aufmarschplatz. 1973 begann der Bau des Palastes der Republik, der 1976 eingeweiht wurde. Nach dem Ende der DDR und der Wiederherstellung der Deutschen Einheit begann erneut eine Diskussion über die Zukunft dieses Areals. Bis heute dauert die Debatte darüber an, ob ein zerstörtes historisches Gebäude rekonstruiert werden sollte, wenn keine oder kaum mehr historische Bausubstanz vorhanden ist, und wie ein solches Gebäude sinnvoll genutzt werden könnte. Im Falle des Potsdamer Schlosses wurden beide Fragen positiv beantwortet, der Wiederaufbau der Dresdner Frauenkirche ist ein inzwischen weithin akzeptiertes Beispiel. Für den Berliner Schlossplatz setzten Bundesregierung und Senat im Oktober 2000 eine Expertenkommission „Historische Mitte Berlins“ ein. Auf der Basis ihrer Empfehlungen beschloss der Deutsche Bundestag am 4. Juli 2002 die Neugestaltung des Areals im Sinne einer „kritischen Rekonstruktion“. Der Palast der Republik sollte abgetragen und mit dem „Humboldtforum“ ein neues Gebäude entstehen, das wissenschaftliche Einrichtungen und museale Sammlungen beherbergt. Auch die Rekonstruktion dreier barocker Fassaden fand schließlich eine Mehrheit – eine Entscheidung, die der Bundestag am 13. November 2003 noch einmal bekräftigte. Der Palast der Republik wurde zwischen 2006 und 2008 abgerissen, aus einem Wettbewerb ging der italienische Architekt Franco Stella als Gewinner hervor. Am 7. Juni 2010 beschloss die Bundesregierung, den Baubeginn aus Kostengründen zu verschieben.

Quellen und Literatur

- Das Berliner Schloss und sein Untergang. Ein Bildbericht über die Zerstörung Berliner Kulturdenkmäler, hg. im Auftrag des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen von Karl Rodemann, Berlin 1951.
- Goerd Peschken und Hans-Werner Klünner, Das Berliner Schloss: das klassische Berlin, Berlin 4. Aufl. 1998.
- Günter Feist, Finale Schlossmuseum. Die letzten 33 Jahre des Berliner Stadtschlosses, Museumsjournal 5. Jg. 1991, 4, S.18-23 und 6. Jg. 1992, 1, S.10-17.
- Schloss Berlin/Humboldtforum Realisierungswettbewerb 2008, hg. vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Berlin 2009
- Bernd Maether, Die Vernichtung des Berliner Stadtschlosses. Eine Dokumentation, Berlin 2000.